



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

24. Jg. Nr. 4
August 2018

Editorial

Kuhglocken

In diesen Sommerwochen wurde berichtet, dass die Kuhglocken möglicherweise bald durch elektronische GPS-Sender an den Halsbändern der Kühe abgelöst werden könnten. Wie schade, ist uns allen das Geräusch der Kuhglocken auf den Weiden, auf den Almen, in den Bergen doch seit früher Jugend vertraut.

Die Digitalisierung ist ein revolutionärer Prozess für alle unsere Lebens- und Arbeitsbereiche. Der bessere Begriff ist dabei "Digitale Transformation". Wir stehen nicht vor diesem Prozess, sondern befinden uns mitten darin. Auch Institutionen, Verbände, Organisationen haben sich der Sache zu stellen und ihre jeweilige Digitale Agenda zu entwickeln.

Da geht es nicht darum, künftig Protokolle oder Einladungen per E-Mail zu verschicken. Es geht um sehr viel tiefer Liegendes. Auf einer Tagung der katholischen Organisationen wurde jüngst der Satz zitiert: "Zerstören Sie Ihre Arbeitsbereiche und erfinden Sie diese neu!" Das deutet die Dimension dessen an, was uns bevorsteht – nein, was wir gestalten und wo wir aktiv werden müssen. Es betrifft die eigene Organisation, aber es betrifft auch fast alle gesellschaftlichen Felder, vom Sozialsystem über die soziale Infrastruktur bis hin zur Sozialpolitik.

Nicht zuletzt gilt es, den Sonntag vor der vollständigen Verzweckung aller Lebensbereiche und der totalen Entgrenzung zu bewahren. Irgendwann braucht man auch eine Pause. Zum Beispiel zum Ausruhen auf einer Alm – wo man nur die Kuhglocken hört ...

Inhalt

Mit Rechten reden – aber wie? _____ 2

Nachbetrachtung zum Podium mit AfD-Beteiligung beim Katholikentag

[Bettina Jarasch](#)

Europa muss handlungsfähig sein für die Welt von morgen _____ 4

Wachsende Verantwortung sollte sich im künftigen EU-Haushalt widerspiegeln

[Manfred Weber](#)

25 Jahre Renovabis _____ 6

Eine bleibende Verantwortung für Europa

[Gerhard Albert](#)

Geburtshilfe in Not?! _____ 8

Hebammenmangel in Deutschland

[Regine Hölscher-Mulzer](#)

Das Soziale in der Digitalen Transformation _____ 10

Den Diskurs nicht auf "Industrie 4.0" verengen

[Eva M. Welskop-Deffaa](#)

"Es ist ein Comité zu wählen ..." _____ 12

Vor 150 Jahren wurde in Bamberg das ZdK gegründet

[Thomas Großmann](#)

Stefan Vesper



Katholikentag

Rechtspopulismus

2

Mit Rechten reden – aber wie?

Nachbetrachtung zum Podium mit AfD-Beteiligung beim Katholikentag

So lebendig, politisch, gelungen der Katholikentag in Münster insgesamt war – er hat auch gezeigt, was wir künftig anders machen müssen als bisher. Dazu gehört der Umgang mit dem Rechtspopulismus. Die umstrittene Einladung eines AfD-Abgeordneten zu einem religionspolitischen Podium hat sich als schlechter Kompromiss erwiesen, denn er hat als Ergebnis genau das gebracht, was unbedingt vermieden werden sollte: ein Schaukampf mit möglichst kontroversen Positionen und maximale Aufmerksamkeit für den AfD-Vertreter, der der Öffentlichkeit vor dieser Einladung ziemlich unbekannt gewesen sein dürfte.

Wir müssen klare Positionen beziehen zu unserem Menschen- und Gesellschaftsbild. Und zugleich müssen wir mit Rechten reden, und zwar auch im Blick auf den rechten Rand der katholischen Kirche. Beides gehört zusammen. Das ist aber vor allem eine große Lernaufgabe an uns selbst. Diese Aufgabe lässt sich nicht an die Vertreterinnen und Vertreter politischer Parteien delegieren, wie es beim Katholikentag geschehen ist.

Keine Entzauberung

Wie kam es überhaupt zu der Einladung? Die Katholikentagsleitung wollte vermeiden, dass die Alternative für Deutschland sich als ausgegrenztes Opfer inszenieren könnte – und zugleich der Tatsache Rechnung tragen, dass sie mittlerweile zu den gewählten Fraktionen im Deutschen Bundestag gehört. Das alles möglichst ohne rechten Positionen zu viel Aufmerksamkeit zu geben. Deshalb fand keine direkte Auseinandersetzung mit Rechtspopulisten statt, aber der kirchenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag, Volker Münz, wurde zu einem Podium mit allen Fraktionen zur Religionspolitik geladen.

Wie auch immer man die einzelnen Beiträge des Podiums bewertet – und es gab durchaus kluge, klare und auch schlagfertige Beiträge: Die erhoffte Entzauberung der AfD hat dort jedenfalls nicht stattgefunden. Nahezu alle Medien bebilderten ihren Bericht über die Veranstaltung mit einer Aufnahme von einem finster blickenden Volker Münz vor der großen Leinwand mit dem Katholikentagsmotto. Der einsame Kämpfer im feindlichen Land. Das ist das Bild, das im Kopf bleibt.

Andere Ergebnisse waren bei diesem Format auch nicht zu erwarten: eine aufgeheizte Stimmung im Vorfeld, 1.000 Menschen im Publikum, die Bekenntnisse und Abgrenzung hören wollten, in der einen wie in der anderen Richtung. Dazu fünf PodiumsteilnehmerInnen und ein Moderator, die sich darin zu überbieten suchten, gegen den AfD-Vertreter zu punkten. Es war eher ein Wettkampf im Rechthaben als eine vertiefte Auseinandersetzung über die Haltungen und Positionen und die Gretchenfrage, ob diese Positionen sich eigentlich mit Christsein vereinbaren lassen oder nicht. Das schreibe ich bewusst als eine dieser fünf PodiumsteilnehmerInnen.

Wunsch nach Klarheit und Orientierungsfähigkeit

Gleichzeitig gehöre ich zu denjenigen, die eine öffentliche Auseinandersetzung mit Rechten und ihren Positionen richtig finden. Die Frage, ob wir mit Rechten reden müssen, stellt sich meines Erachtens gar nicht mehr. Es geht nur darum, wie wir das tun.

Die Abgrenzung gegen rechtes Gedankengut genügt nicht. Im Gegenteil, ein bloßes Abgrenzen, bloße moralische Empörung erleichtern sogar die rechte Strategie, die zwischen gezielter Provokation und der Selbstinszenierung als Opfer pendelt. Wir müssen unser eigenes Welt- und Menschenbild gegen rechte Ideologie setzen und mehr für unsere Überzeugungen streiten als gegen die der Rechten. Deshalb hätte ich mir gewünscht, dass sich ein hochrangiger Vertreter von Kirche oder ZdK selbst mit einem Rechtspopulisten auf ein Podium setzt und im 1:1-Gespräch diese Auseinandersetzung führt. Hinter diesem Wunsch steckt nicht die Sehnsucht nach möglichst schriller Diskussion. Vielmehr der Wunsch nach Klarheit und Orientierungsfähigkeit meiner

Katholikentag

Rechtspopulismus

Kirche – das lässt sich nicht delegieren an die religionspolitischen SprecherInnen der Fraktionen.

Kampfbegriffe

Das ZdK hat sich mehrfach und deutlich gegen rechtspopulistische Positionen gestellt. Sei es im Berliner Aufruf für Demokratie und eine offene Gesellschaft im Wahljahr 2017, den der Sachbereich 2 unter der Leitung meiner Vorgängerin Dagmar Mensink erarbeitet hat, sei es in Erklärungen von ZdK-Präsident Prof. Dr. Thomas Sternberg gegen Islamfeindlichkeit oder für den Schutz von Flüchtlingen. Die Frage ist, ob solche Positionierungen sich auch in der internen Auseinandersetzung bewähren. Denn die Welten sind ja nicht so klar getrennt, wie sich das viele wünschen mögen. Rechtes Gedankengut ist auch in der katholischen Kirche präsent, und es verfängt auch bei katholischen Wählerinnen und Wählern – wenn auch vergleichsweise seltener als in der Gesamtbevölkerung.

Es gibt einen tief verwurzelten Rechtskatholizismus, mit Traditionslinien bis in die Weimarer Republik, der nach wie vor wirkmächtig ist. Es handelt sich um eine "kleine, aber lautstarke rechtskatholische Szene, deren ideologische Urahnen schon halfen, die Weimarer Demokratie sturmreif zu schießen", wie der katholische Publizist Andreas Püttmann schreibt.

Und es gibt Themen, die verfangen. Sie kreisen alle um eine vermeintlich heile christliche Ordnung der Dinge, die durch moderne, linke und liberale Ideologien bedroht werde. Die Kampfbegriffe lauten christliches Abendland, Islamisierung, Genderwahn, Frühsexualisierung und die Zerstörung der Familie. Auch Volker Münz hat auf dem Katholikentagspodium die meisten dieser Themen aufgerufen. Dazu kommt das Verächtlichmachen der sogenannten Eliten und Funktionärskasten. Zu diesen Eliten gehören für Rechte offenbar alle, die anderer Meinung sind – wie in diesem Fall die große Mehrheit der ZdK-Mitglieder.

Das Gespräch suchen

Im April 2015 hat der Katholische Deutsche Frauenbund eine Broschüre zu "Gender, Gendermainstreaming und Frau-

enverbandsarbeit" veröffentlicht. Es war eine Reaktion auf den Flyer "Gender-Ideologie. Ein Leitfaden" des päpstlichen Hilfswerkes Kirche in Not, der breit in Kirchengemeinden gestreut wurde und eine nicht nur aus Sicht von Frauen sehr polemische Debatte ausgelöst hat. Die Publikation des päpstlichen Hilfswerkes versteht sich als Beitrag zur Aufklärung, ist aber durchgängig im Tonfall einer Kampfschrift verfasst. Die umstrittene Genderforschung bzw. Genderpolitik wird darin als "Gender-Ideologie, auch Genderismus genannt" bezeichnet. Ziel der sogenannten "Genderisten" sei die Zerstörung der bisher gültigen familiären Ordnung, Beweis dafür: der "Kampf für die Vollzeitarbeit von Müttern zu Lasten eines geregelten Familienlebens" und die angeblich angestrebte Aufhebung der Unterschiede zwischen Mann und Frau. – Als einzige Quelle wird in der Publikation ein Buch der Rechtskatholikin Gabriele Kuby angepriesen, für das auch die AfD auf ihren Websites und in ihrem Online-Shop eifrig wirbt.

Kirchliche Publikationen haben üblicherweise einen anderen Tonfall. Warum wird (ein Teil der) Kirche hier so polemisch? Warum ist das Genderthema überhaupt so geeignet, die Gemüter zu erregen? Vielleicht ja deshalb, weil es an Machtfragen in der Kirche rührt. Bekanntlich sind Frauen und Männer zumindest im Blick auf kirchliche Ämter nicht gleichberechtigt. Wer das gut und richtig findet, kann ein Hinterfragen von Geschlechterrollen und die Kritik an Ungerechtigkeiten, die sich durch das Geschlecht begründen, nicht gebrauchen.

Wir brauchen dringend das innerkatholische Gespräch über dieses und andere Themen, bei denen die Grenzen zwischen christlichen und nicht christlichen Haltungen zu verschwimmen drohen – ja, wo es sogar Katholiken gibt, die rechte Positionen für die eigentlich christlichen halten. Der ZdK-Sachbereich 2 "Politische und ethische Grundfragen" hat sich vorgenommen, dieses Gespräch zu suchen.

Bettina Jarasch

Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin des ZdK-Sachbereichs 2 "Politische und ethische Grundfragen"

Europa muss handlungsfähig sein für die Welt von morgen

Wachsende Verantwortung sollte sich im künftigen EU-Haushalt widerspiegeln

"Was ist mit dir los, humanistisches Europa, Du Verfechterin der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit?" Diese Frage hat Papst Franziskus unserem Kontinent anlässlich der Verleihung des Karlspreises ins Stammbuch geschrieben. Angefangen von den wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen über die Flüchtlings- und Klimakrise bis hin zum Terror-Wahnsinn, der auch Europa immer wieder heimsucht: Die Europäische Union befindet sich unter Druck. Es scheint als würden diese neue Weltordnung und die damit einhergehenden Unsicherheiten in unserer westlichen Gesellschaft Extremisten und Nationalisten gefährlichen Auftrieb geben.

Gleichzeitig befindet sich die Welt um uns herum im Umbruch. Was früher sicher war, wird heute immer wieder auf die Probe gestellt. In dieser sich rasant verändernden Welt muss Europa seinen Platz finden. Es wird in den kommenden zehn Jahren darum gehen, endlich selbstbewusst aufzutreten und handlungsfähig zu werden. Die Staaten in Europa können jeweils alleine wenig ausrichten. Es geht um die Selbstbehauptung Europas und unseres Lebensstils. Wir müssen unsere Art zu leben und unsere Werte in einer immer schnelleren und komplizierteren Welt sichern und verteidigen. Damit ist klar, dass auf die EU neue Aufgaben zukommen und das bedeutet: Wir brauchen langfristige Finanzierungsmöglichkeiten.

Neue Herausforderungen werden sich in den Ausgaben der EU niederschlagen. Der mehrjährige EU-Finanzrahmen, der ab Herbst in Brüssel verhandelt wird, muss dieser gewachsenen Verantwortung Rechnung tragen. Wir wollen einen modernen Haushalt, der effizient ist, weniger Bürokratie für die Bürger bedeutet und sie mehr schützt. Unser Kompass sind unsere Werte von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Freiheit und Solidarität.

Der aktuelle Finanzrahmen läuft bis 2020. Nun steht die Verhandlung der neuen Finanzperiode von 2021 bis 2027 an. Dieses Gesamtbudget fällt kleiner aus, als vermutlich viele

denken: es sind gerade einmal etwas mehr als ein Prozent der EU-Wirtschaftsleistung. Auf rund eine Milliarde Euro beziffert sich die aktuelle Ausstattung. Die beiden größten Posten entfallen auf die gemeinsame Agrarpolitik sowie die sogenannten Kohäsionsfonds. 39 Prozent sind für Europas Landwirte vorgesehen, 34 Prozent für die Förderung strukturschwacher Regionen.

Brexit reißt ein Loch

Diese Gewichtung wird auch in der neuen Finanzperiode erhalten bleiben. Erschwerend kommt allerdings hinzu, dass auf Europa nicht nur neue Aufgaben zukommen, etwa die Bewältigung der Migrationskrise oder der Ausbau der gemeinsamen Verteidigungspolitik. Auch der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union wird mit Blick auf den Haushalt zum Problem. Mit einem Minus von geschätzt 12 bis 14 Milliarden Euro wird aufgrund des Brexits gerechnet.

Wie diese Lücke geschlossen werden könnte, hat jüngst EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger skizziert. Er hat vorgeschlagen, das EU-Budget auf 1,11 Prozent der Wirtschaftsleistung anzuheben. Das entspricht einem Plus von etwa 100 Milliarden Euro für die sieben Jahre zusammen im Vergleich zur aktuellen Finanzperiode. Positiv ist aus meiner Sicht zu bewerten, dass rund ein Drittel des Gesamtbudgets in die neuen Aufgaben und die Forschung fließen soll.

Auch Klimaschutzmaßnahmen sowie neue Investitionen in Sicherheit und Verteidigung sind vorgesehen. Das ändert jedoch nichts daran, dass wir über die von Oettinger vorgeschlagenen Kürzungen in den Bereichen Landwirtschaft und Strukturfonds diskutieren müssen. Hier müssen wir unbedingt zu einer nachhaltigen Lösung kommen. Schließlich ist das Geld, das im EU-Haushalt zur Stärkung schwacher Regionen oder zur Sicherung der Lebensmittelversorgung verwendet wird, gut investiert. Es geht um Investitionen in die Zukunft, um Solidarität, um die Gestaltung einer guten Zukunft für junge Europäer.

Ein Europa, das schützt

Die EU-Staaten und viele Bürgern erwarten von der EU mehr Aktivität und Lösungen. Die wichtigste Aufgabe für Europa in den kommenden Jahren wird sein, den Menschen zu zeigen, dass es sie schützen kann – und zwar in einer Vielzahl von Le-

bensbereichen. In Zeiten, in denen wir durch Terroristen wie islamistischen Gruppen, aber auch durch das zunehmend aggressive Verhalten externer Mächte wie Putins Russland herausgefordert werden, brauchen wir ein Europa, das sich verteidigen kann.

Das beginnt an unseren Grenzen: Wir müssen die EU-Außengrenzen mit der neuesten Technologie, einschließlich Drohnen, ausstatten, um sie wirklich kontrollieren zu können. Frontex, die Europäische Grenz- und Küstenschutzagentur, muss über die finanziellen und personellen Ressourcen verfügen, um ihren Auftrag zu erfüllen, gerade auch im Sinne der Flüchtenden, damit das Risiko für Leib und Leben an den Außengrenzen nicht noch mehr zunimmt. Deshalb ist es gut, dass die EU-Staaten unsere Forderung nach zusätzlichen 10.000 Frontex-Beamten nun unterstützen.

Unsere Werte bewahren

Europa ist zu mehr Einigkeit denn je gezwungen und muss sein Schicksal selbst in die Hand nehmen. Dazu gehören – ergänzend zur Nato – auch ein verstärktes sicherheits-, außen- und entwicklungspolitisches Engagement. Nur ein starkes Europa kann seine Werte und seine einzigartige Lebensweise bewahren. Wir müssen deshalb auch viel mehr unserer humanitären Verpflichtung nachkommen. Die Geschundensten dieser Welt müssen in Europa weiter Zuflucht finden, illegale Migration aber so weit als möglich gestoppt werden. Wir sind bereit, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen mehr zu helfen. Außerdem müssen wir uns dem afrikanischen Kontinent zuwenden. Wir brauchen einen Marshall-Plan für Afrika und eine Intensivierung unseres Engagements für unseren Nachbarkontinent. Wenn Afrika keine stabile und positive Zukunftsperspektive bekommt, kann es auch Europa auf Dauer nicht gut gehen. Bisher tun wir Europäer deutlich zu wenig dafür.

Ein Europa, das einen neuen Aufbruch wagt: Dies bedeutet auch, dass wir der Jugend Europas eine gute Zukunft garantieren müssen. Deshalb ist es richtig, Programme wie Erasmus+ oder auch DiscoverEU, das Interrail-Tickets für 18-Jährige zur Verfügung stellt, großzügig auszustatten. Ziel muss es sein, den Jugendlichen eine europäische Perspektive zu ermöglichen und sie gleichzeitig für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Europa muss hier zu seiner Verantwortung stehen.

Dies gilt auch für den Bereich Forschung. Europa braucht mehr Forschungskapazitäten, um Krankheiten wie beispielsweise Krebs zu besiegen. Warum sind wir nicht in der Lage, hier ambitionierter aufzutreten? Unser Ziel könnte beispielsweise sein, dass wir die Krankheit Krebs stoppen, indem wir all unser Know-how bündeln und vernetzen. Wer, wenn nicht wir Europäer, könnte dies gemeinsam schaffen? Entsprechend müssen die Forschungsgelder mindestens verdoppelt werden. Europa kann und muss hier einen echten Mehrwert leisten.

Haushalt vor Europawahl verabschieden

Besonders wichtig ist, dass wir besser und effizienter werden. Selbstverständlich müssen wir uns selbstkritisch fragen, wie mit den vorhandenen Steuergeldern bestmöglich umgegangen werden kann. Wir müssen über Einsparungen reden, die einen guten Teil des fehlenden Geldes auffangen könnten. Allerdings erwarte ich dann auch von denjenigen, die die Ausgaben der EU immer weiter absenken wollen, dass sie Tacheles reden. Sie müssen konkret die Bereiche benennen, in denen Gelder weggenommen werden sollen. Für mich ist klar: Schwierige Zeiten erfordern eine ehrgeizige Politik, und das bedeutet auch: einen ehrgeizigen, modernen Haushalt. Die Zukunft Europas wird davon abhängen, ob es uns gelingt, die Menschen zu schützen und unsere europäische Lebensweise zu bewahren. Um dies zu erreichen, brauchen wir Werte, Ehrgeiz, Hoffnung und vor allem den politischen Willen.

Europa darf seine Langzeit-Ziele nicht aus den Augen verlieren: Wir müssen handlungsfähig sein für die Welt von morgen. Deshalb brauchen wir ein modernes Budget, das dieser gewachsenen Verantwortung Rechnung trägt. Der neue Finanzrahmen sollte noch vor der Europawahl im Frühjahr 2019 verabschiedet werden.

Manfred Weber

Vorsitzender der christdemokratischen EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und stellvertretender CSU-Parteivorsitzender

25 Jahre Renovabis

Eine bleibende Verantwortung für Europa

Am 3. März 1993 beschloss die Deutsche Bischofskonferenz bei ihrer Frühjahrs-Vollversammlung in Mülheim/Ruhr, "die Aktion Renovabis als Aktion der partnerschaftlichen Solidarität der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa ins Leben" zu rufen. Damit waren die äußeren Voraussetzungen für eine wichtige Antwort geschaffen, die Kirche und Gläubige in Deutschland auf die großen Veränderungen in Europa seit 1989 gaben. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, namentlich sein Generalsekretär Dr. Friedrich Kronenberg, hatte den entscheidenden Anstoß gegeben.¹

Unvergessen bleibt dem Autor aus jener Zeit seine eigene Zusammenarbeit mit dem Gründungsbeauftragten Weibischof Leo Schwarz (Trier), ohne dessen Einsatz das noch zarte Pflänzchen keine starken Wurzeln geschlagen hätte. In dem seit der Gründung von Renovabis vergangenen Vierteljahrhundert haben sich das östliche Europa und unser Verhältnis zu ihm von Grund auf verändert. Den "alten Osten" gibt es nicht mehr. Die kommunistische Herrschaft ist Objekt der zeitgeschichtlichen Forschung, der landläufig eingebürgerte Osteuropabegriff unscharf geworden.

Ereignisse und Entwicklungen sind seither eingetreten, die das Hoffnungsbild des "neuen Europas" von 1989/90 in Frage stellen: die Annexion der Krim und die Destabilisierung der Ukraine; das Verblässen der Attraktivität der Europäischen Union durch die Währungskrise und die Unfähigkeit, einen gemeinsamen Standpunkt gegenüber den weltweiten Migrationsbewegungen zu finden; die fortdauernde negative Bilanz vieler osteuropäischer Länder in Wirtschaft und Demographie; wachsende Differenzen auch im kirchlichen Raum in der grundlegenden Frage, wie Kirche und Christentum in der offenen Gesellschaft der Moderne ihre Sendung erfüllen sollen und in welchem Verhältnis dies zu den gewachsenen Formen kirchlicher Identität steht.

¹ Zu den Einzelheiten vgl. Friedrich Kronenberg: Lebendige Solidarität und Partnerschaft. Zum 20. Geburtstag von Renovabis. In: Salzkörner 19. Jg. 2013, Nr. 2; Gerhard Albert: Der Glücksfall. In: Veronika Kyll, Martin Lörsh, Michael Meyer, Bruno Sonnen (Hrsg.): Aufbrechen zu den Menschen. Leo Schwarz und das Abenteurer Konzil. Trier 2014, S. 168-175

Der Auftrag von Renovabis hat sich also nicht erledigt, wie viele es erwartet haben. Neue Herausforderungen erweisen sich bei näherem Hinsehen als die bleibenden.

Gründe erkennen, Voraussetzungen und Zusammenhänge wahrnehmen

Auch ein Vierteljahrhundert nach dem Fall des Eisernen Vorhangs sind uns die Länder im Osten Europas noch nicht genügend bekannt, ja oft fremd geblieben. Dazu tragen immer noch Gleichgültigkeit und westliche Selbstüberschätzung bei. Oft gerade dann, wenn mit bester Absicht und manchmal auch mit gutem Grund an einer Art nachholender Entwicklung der Partner im Osten gearbeitet wird. Lange blieb es unbemerkt, dass sich die Abwehr von unwillkommenen Ratschlägen aus dem Westen auch zur Verhärtung und Überhöhung der eigenen Positionen steigern konnte. Fundamental trennend wirkt immer noch die lange und intensive Erfahrung Osteuropas von Gewalt, Terror, Diktatur und Unfreiheit im 20. Jahrhundert, an der Deutschland seinen eigenen unheilvollen historischen Anteil hat.

Wenn man sich von der Erwartung löst, dass gesellschaftliche Entwicklungen und mit ihnen auch der Weg von Kirche und Religion sich in West und Ost unter dem Einfluss von "Europäisierung" immer mehr aneinander angleichen, dann muss die Bereitschaft wachsen, Verschiedenheiten zunächst zu ertragen und schließlich auch anzunehmen. Dabei gilt es andererseits, bleibende gemeinsame Grundlagen zu bewahren und auch Grenzen der Akzeptanz von Verschiedenheit zu bestimmen. Gleichzeitig mit diesen Einsichten wird das Bedürfnis nach europäischer Zusammenarbeit in der Kirche neuerdings wieder dringlicher empfunden. Die in 25 Jahren von Renovabis gesammelten Erfahrungen der Vermittlung und das erworbene Vertrauenskapital werden in Zukunft für die Kirche in Deutschland und für das kirchliche Gespräch auf europäischer Ebene noch wertvoller sein als bisher.

Sich solidarisch erweisen

Die am sichtbarsten wahrgenommene Ausdrucksform der "Solidaritätsaktion Renovabis" ist die "konkrete Hilfe

bei der Erfüllung des pastoralen und gesellschaftlichen Dienstes der Kirche in Mittel- und Osteuropa" (vgl. Statut, Art.1, 5). Künftige Herausforderungen für die Projektarbeit werden wie schon bisher im jeweiligen Länderkontext zu sehen und entsprechend unterschiedlich zu definieren sein. An der Priorität der Bedürfnisse der Partner und am Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe sollte überall festgehalten werden.

Keine neuen, sondern schon lange bekannte Herausforderungen, die freilich permanenten Charakter haben, stellen diejenigen mit Renovabis verbundenen Ortskirchen, die in ihren Ländern in einer strukturellen Diasporasituation leben und im Wesentlichen auf dauerhafte Unterstützung von außen angewiesen sind. Dabei ist etwa an den südlichen Balkanraum und die katholische Kirche in Russland zu denken. Renovabis wird immer wieder das Ausmaß der an seine Adresse gerichteten Erwartungen reflektieren sowie die Last der Verantwortung zusammen mit anderen abwägen und teilen müssen. Neben dauerhaften Verpflichtungen braucht die Fördertätigkeit von Renovabis aber immer wieder Impulse durch neue Partner, frische Ideen und Projektansätze, die mehr als manche eingefahrenen Wege auf die veränderten Anforderungen der Zeit reagieren; jedoch muss die Initiative aus dem jeweiligen Land kommen, damit Projekte Wurzeln schlagen können.

Das Kapital des Vertrauens pflegen und vermehren

Tätige Solidarität, die Kernaufgabe von Renovabis, bedarf einer soliden materiellen Grundlage. Diese in Zeiten veränderter gesellschaftlicher und kirchlicher Rahmenbedingungen zu bewahren, wird für Renovabis nicht die geringste Herausforderung der kommenden Jahre sein.

In den letzten Jahren ist die Verständigung zwischen Ost und West in Europa schwieriger geworden. Die Gefahr ist nicht zu leugnen, dass daraus auch in der Kirche bleibende Polarisierungen entstehen, die gegenseitige Entfremdung befördern. Renovabis genießt das Vertrauen vieler kirchlicher Partner auf allen Ebenen, aber auch auf den verschiedenen Flügeln. Es ist also besonders befähigt, Gesprächsfäden zu bewahren und Erfahrungen aus dem Ost-West-Dialog der vergangenen Jahrzehnte zu beherzigen. Der Austausch darf nicht zu kopflastig werden: Eben-

so wichtig wie thematische Diskurse ist die Gemeinschaft stiftende Wirkung von Personen, Orten, Erinnerungen, Erfahrungen von Verbundenheit im Gebet und im Sakrament.

Das Interesse aneinander lebendig erhalten

Nach der Enttäuschung vieler allzu hochgespannter Erwartungen gewannen an vielen Stellen hartnäckig tradierte Stereotype über "den Osten" wieder Raum. Es bleibt zu hoffen, dass die Verärgerung über die neue Welle der Renationalisierung im Osten Europas hierzulande das Desinteresse breiter Schichten an der Region nicht noch weiter verstärkt. Ignoranz und Gleichgültigkeit vergrößern heute in der Tat die Distanz ebenso wie die frühere Herablassung, und dies in einer Zeit, in der ganze Wirtschaftszweige, gar nicht zu reden von medizinischer Versorgung und Pflege, ohne die Arbeitskräfte aus Osteuropa vor großen Schwierigkeiten stünden. In dieser paradoxen Situation gleichzeitiger großer Nähe und fortdauernder Distanz kann Renovabis mit dem Netz seiner Partner an vielen Stellen grundlegende Kategorien menschlichen Miteinanders in Erinnerung rufen: mit Vernunft und Rücksicht gestaltete Nachbarschaft, persönliche Begegnung, Austausch von Erfahrungen, Bemühen um ein gemeinsames Ziel, schließlich dauerhafte Freundschaft.

Bei der Niederschrift dieser Überlegungen gingen die Gedanken des Autors mehr als einmal zurück zu den Jahren vor 1989: Wer sich der Erinnerung an Marginalisierung, Gängelung und Schikane der Kirchen stellt und sich gleichzeitig vergegenwärtigt, in welcher Freiheit sich heute der Glaube an Jesus Christus in unseren Nachbarländern öffentlich bekennen und seine Werke vollbringen darf, der wird diese Wiedergeburt und Entfaltung des christlichen Lebens auch jetzt und immer wieder neu als ein Gottesgeschenk erfahren – allen Enttäuschungen, Fehlentwicklungen und Schwächen zum Trotz: "Das hat der Herr vollbracht. Vor unseren Augen geschah dieses Wunder" (Ps 118,23).

| **Dr. Gerhard Albert**

| Geschäftsführer von Renovabis

Geburtshilfe

Hebammenmangel

8

Geburtshilfe in Not?!

Hebammenmangel in Deutschland

Standen noch vor einigen Jahren Schwangere vor der Wahl, in welchem Krankenhaus sie ihr Kind zur Welt bringen oder ob sie sich lieber für ein Geburtshaus oder eine Hausgeburt entscheiden, so müssen sie sich heutzutage fragen, wo sie überhaupt einen Platz zum Entbinden finden. Wer sich nicht frühzeitig um eine Hebamme kümmert oder sich zur Geburt in einem Krankenhaus anmeldet, muss damit rechnen, am Kreißaal wegen Überfüllung abgewiesen zu werden oder für die Entbindung längere Wegstrecken in Kauf nehmen zu müssen. Auch, wer eine Hebamme zur Geburtsvorsorge oder zur Nachsorge im Wochenbett sucht, wird nicht immer fündig. Wie ist es dazu gekommen?

Im Jahr 2016 leisteten von den rund 24.000 Hebammen in Deutschland 11.077 Geburtshilfe in Krankenhäusern, davon 6780 in Teilzeit. Fest angestellt waren 9.301 Hebammen, davon 1.776 als Beleghebammen. Rund 13.000 Hebammen sind freiberuflich tätig. Der Großteil arbeitet im Bereich der Vor- und Nachsorge. Nur ein Fünftel der freiberuflichen Hebammen ist darüber hinaus noch im Bereich der Geburtshilfe tätig (Quelle: Statistisches Bundesamt). Hier gab es seit 2006 einen Einbruch wegen der drastisch gestiegenen Prämien für Berufshaftpflichtversicherungen. Als es 2015 endlich eine Einigung mit den Krankenkassen gab, hatten bereits etliche Hebammen die Geburtshilfe aufgegeben. Die Zahlen steigen zwar langsam wieder, aber in den nächsten fünf bis acht Jahren wird rund ein Viertel der Hebammen in Ruhestand gehen. Hinzu kommt, dass Hebammen wegen der Rahmenbedingungen durchschnittlich nur sieben Jahre in ihrem Beruf arbeiten. In den Kliniken müssen Hebammen nicht selten drei und mehr Frauen gleichzeitig betreuen. Auch die freiberuflichen Hebammen sind überlastet, es fehlen vor allem Hebammen für die Nachsorge.

Parallel zu diesen Entwicklungen wurden in den letzten Jahren immer mehr Geburtskliniken geschlossen. Zum einen findet sich kein geeignetes Fachpersonal mehr, zum anderen rechnet sich Geburtshilfe unter jährlich 500 Geburten angesichts der Fallpauschalen für Spontangeburt nicht. Demzufolge ist die Zahl der Geburtskliniken von 880 (2006) auf 690

Kliniken (2016) zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Geburten von 672.724 auf 792.131 erhöht. Entsprechend überlastet sind die Kreißsäle in den verbliebenen Geburtskliniken. Mittlerweile ist die Problematik auch in der Politik angekommen: Im Koalitionsvertrag wird auf die Notwendigkeit einer wohnortnahen Geburtshilfe hingewiesen, eine Finanzierungsgrundlage für BelegärztInnen soll geprüft, die Hebammenausbildung nach EU-Vorgaben als akademischer Beruf umgesetzt werden. Aber das reicht nicht.

Hebammenmangel und die Auswirkungen

Im letzten Jahr wurde unter Beteiligung des Bundesgesundheitsministeriums das nationale Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt" verabschiedet. Die Erreichung der ausführlich beschriebenen Ziele, die Gesundheit von Mutter und Kind in der vulnerablen Zeit von Schwangerschaft, Geburt und den ersten Lebensmonaten zu fördern, rücken angesichts der Entwicklungen in der Geburtshilfe aber in die Ferne. Nicht nur bei Erstgebärenden löst die aktuelle Situation Ängste aus – Stress, der auch für das Ungeborene spürbar ist.

Schwangere sind mit ihrer Suche nach einer Hebamme mit freien Kapazitäten oder einem Platz in einem Geburtsvorbereitungskurs oft allein gelassen. Noch schwieriger kann sich die Suche nach einer Hebamme für die Nachsorge im Wochenbett gestalten. Dabei ist der Anspruch auf Betreuung für gesetzlich Versicherte auch nach der Geburt klar geregelt: In den ersten zehn Tagen hat eine Wöchnerin Anspruch auf den täglichen Besuch einer Hebamme, danach kann sie – z. B. bei Stillproblemen – angefragt werden, bis das Kind zwölf Wochen alt ist.

Erfahrungen aus der Schwangerschaftsberatung

Auch in den rund 120 Schwangerschaftsberatungsstellen des Sozialdienstes katholischer Frauen ist deutlich zu spüren, dass sich die Situation rund um die Geburtshilfe zuspitzt. Das bekommen vor allem die zu spüren, die eine Unterstützung dringend bräuchten, etwa weil sie spezifischen Belastungen oder schwierigen Lebensumständen ausgesetzt sind. Dazu gehören z. B. junge Schwangere, Frauen mit Mehrlings- oder mit Frühgeburten, Frauen mit psychischen Erkrankungen oder Gewalterfahrungen. Zur Unterstützung dieser Frau-

Geburtshilfe

Hebammenmangel

en gibt es im Rahmen der Frühen Hilfen zwar Familienhebammen mit einer Zusatzqualifikation, die die Familien bis zu einem Jahr begleiten können. Leider gibt es aber auch von ihnen viel zu wenige. Manche Schwangeren haben sich nicht frühzeitig um eine Hebamme kümmern können, weil sie sich – ausgelöst durch die vielleicht ungewollte oder ungeplante Schwangerschaft – erst einmal mit anderen Themen und Problemen auseinandersetzen mussten. Besonderen Unterstützungsbedarf haben erfahrungsgemäß auch Frauen mit Sprachbarrieren, mit Migrations- und Fluchterfahrung. Sie wissen oft gar nicht, wie Geburtshilfe in Deutschland "funktioniert", haben zudem ihr soziales Umfeld verloren oder sehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Viele Schwangerschaftsberatungsstellen haben inzwischen auf den Hebammenmangel reagiert, indem sie eine regelmäßige und offene Hebammensprechstunde anbieten. Andere organisieren zielgruppenspezifische Geburtsvorbereitungskurse beispielsweise für bildungsferne oder sehr junge Schwangere. Ein Glücksfall ist es, wenn sich eine Hebamme findet, die selber einen Migrationshintergrund hat und verschiedene Sprachen spricht. Dann kann auch schon einmal ein Kurs in Arabisch oder Farsi angeboten werden. Wie überall hängen solche Angebote auch von der Finanzierung ab. Was nicht wie z. B. ein Geburtsvorbereitungskurs über die Krankenkassen abgerechnet werden kann, muss in der Regel aus Eigen- oder Projektmitteln finanziert werden, manchmal gibt es kommunale Zuschüsse. Meist wird die Arbeit der Hebamme als Honorarkraft mit einem festen Stundenkontingent abgerechnet, manchmal ist sie auch fest angestellt. Über Hebammensprechstunden hinaus gibt es in den Beratungsstellen weitere Versuche, schwangere Frauen und junge Mütter zu unterstützen. Stellvertretend seien drei Beispiele genannt:

- Beim SkF Oldenburg wurde eine Hebammenzentrale eingerichtet, die den Einsatz von (Familien-)Hebammen in der Kommune als Lotsendienst koordiniert.
- In Trier beteiligt sich der SkF mit einer Hotline an einem Hebammennotdienst für Frauen, die keine Hebamme finden können.
- Im Kreis Warendorf wendet sich der SkF im Rahmen des Projektes "aufLEBEN" gezielt an schwangere Frauen und Mütter mit Trauma- und Fluchterfahrung und hat zu diesem Zweck eine arabisch sprechende Familienhebamme eingestellt.

Notwendige Handlungsansätze

Um den beschriebenen Missständen entgegenzuwirken, bedarf es der gemeinsamen Anstrengung aller Beteiligten und Akteure. Zielführend wäre beispielsweise:

- eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Hebammen, damit diese auch länger in ihrem Beruf auskömmlich verbleiben können. Ob eine Akademisierung des Berufes dazu beitragen kann, wird sich noch beweisen müssen. Zumindest die berufliche Perspektive einer europaweit anerkannten Ausbildung mit entsprechender Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten könnte hierzu einen Beitrag leisten.
- die Erarbeitung einer Lösung bei künftigen Kostensteigerungen der Berufshaftpflichtversicherung, z. B. durch einen Fonds.
- der Schließung stationärer Geburtshilfe gezielt entgegenzuwirken. Dazu bedarf es einer systematischen Erfassung der Versorgungslücken für eine wohnortnahe Geburtshilfe.
- die Einrichtung offener Hebammensprechstunden in allen Beratungsstellen, gerade auch um spezifische Zielgruppen noch besser erreichen zu können. Dazu bedarf es aber einer geregelten Finanzierung.
- eine flächendeckende Listung freier Hebammen-Kapazitäten, um die Suche nach einer Hebamme zu erleichtern.

Fazit

Schwangere und junge Familien dürfen nicht alleingelassen werden. Um das nationale Gesundheitsziel rund um die sensible Familiengründungsphase zu erreichen, sind sie auf eine wohnortnahe, gute und möglichst stressfreie Geburtshilfe sowie Vor- und Nachsorge angewiesen. Danach zeichnen sich bereits weitere Herausforderungen ab wie etwa die Suche nach einer Kinderärztin in Wohnortnähe – aber das ist ein neues Thema.

| **Regine Hölscher-Mulzer** |

Referentin beim Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e. V. (SKF)

Das Soziale in der Digitalen Transformation

Den Diskurs nicht auf "Industrie 4.0" verengen

Häufig wird die Zeit, in der wir leben, als Phase digitaler Transformation beschrieben. Es berührt uns in dieser Formulierung der Hauch der Geschichte. Wir erahnen die Dimension der Veränderung. Längst geht es nicht mehr um das Smartphone, das uns zu digitalen Nomaden macht – mit unbegrenztem Zugang zu Datenoasen, so dass wir für wichtige Lebensaufgaben nicht auf Bücherregale, Aktenschränke und Büros angewiesen sind. Digitalisierung ist als Prozess der Einführung und Durchsetzung rechnender Maschinen in soziale Praktiken aller Art zu verstehen. Dabei besteht die wesentliche Überraschung darin, dass Maschinen beginnen nichttrivial zu reagieren, wo sie bislang als technische Einrichtungen galten, die kausal kontrolliert vorhersehbar funktionieren, solange sie nicht kaputt sind.

Mit der Verfügbarkeit "künstlicher Intelligenz" ist die digitale Transformation Übergang zu einer neuen (Medien-) Epoche: Nach der oralen und tribalen Gesellschaft, die von der "Erfindung" der mündlichen Sprache geprägt war, und der antiken Schriftgesellschaft, die auf die Verfügbarkeit von Schrift gründete, folgten die moderne Buchdruckgesellschaft und jetzt die postmoderne Netzwerkgesellschaft. Während die Buchdruckgesellschaft sich auszeichnete durch Kommunikation mit der alphabetisierten, lesenden und schreibenden Bevölkerung und damit auf "Inklusion aller durch Kommunikation Erreichbaren", sind sichtbar werdende Attribute der Netzwerkgesellschaft verbunden mit Exklusion und Kontrolle. Jede denkbare Kommunikation kann mit Eingaben an und Ausgaben durch Maschinen kombiniert werden, deren Datenspeicher, Vernetzung und Algorithmen einerseits undurchschaubar und unter den Bedingungen der Beteiligung von Maschinen an Kommunikation für die Menschen "vorgegeben" sind.

Kann man im Privaten die Ergebnisse einer Suchmaschine oder die Gefolgschaft durch einen Freund noch vergleichsweise gefahrlos ablehnen und auf das Absetzen

eines Posts verzichten, "so befinden sich der Börsenhändler vor seinen Terminals, die Ärztin vor ihren Monitoren, der Architekt mit seinen Ergebnissen einer Statikberechnung oder die Soldatin mit ihrer Datenbrille nicht in einer so komfortablen Situation. Sie müssen Informationen annehmen und Entscheidungen treffen, ohne die Quelle und Qualität der Daten überprüfen zu können". Dirk Baecker spricht von einem "Kontrollüberschuss der Computer und ihrer Netzwerke", dem sich die Menschen ausgeliefert sehen und dem sie sich mit dem Versuch der Rückgewinnung von Kontrolle widersetzen. Sie entdecken "bis tief hinein in die Welt der Organisationen ('agiles Management') neue Spontaneitätspotenziale". Kulturelle Reflexion "feiert das dezidiert Unprogrammierbare".¹

Es lohnt also dringend, über das Soziale in der digitalen Transformation zu sprechen und den Diskurs nicht auf "Industrie 4.0" zu verengen. Drei Dimensionen zeichnen sich ab, unter denen das Sozial(politisch)e durch die digitale Transformation herausgefordert wird: 1. Es entstehen neue Anforderungen an soziale Sicherheit im Lebenslauf digitaler Nomad(inn)en. 2. Soziale Infrastruktur – von den Kitas bis zu den Altenheimen – braucht einen Relaunch, um ihre Leistungen in hybriden Sozialräumen "nah bei den Nächsten" vorzuhalten. 3. Es geht um die Entdeckung von Netpolitik als Aufgabe der Sozialpolitik.

Soziale Sicherheit 4.0

Von abhängigen Erwerbsverhältnissen geprägte Arbeitsmärkte und Deutschlands Stellung im Weltmarkt sind der Kontext, in dem sich unser Sozialversicherungssystem als Erfolgsgeschichte entwickelt hat. Mit der digitalen Transformation verschieben sich wesentliche Grundlagen. Neben den unter den Vorzeichen der Computerisierung der Arbeit erneut zu diskutierenden Rationalisierungsfragen, mit denen die Sozialpartner im Prinzip umzugehen gelernt haben, geht es um die "Plattformisierung" der Arbeit. Arbeit verlässt den Betrieb, Online-Intermediäre vermitteln zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage auf der Grundlage neuer Rechtskonstrukte, die mit dem klassischen Arbeitsvertrag wenig zu tun haben. Gigworker, Cloudworker, Freelancer sind die Bezeichnungen für Erwerbstätige, die – nicht selten neben einer abhängigen Beschäftigung,

¹ Dirk Baecker: Digitalisierung als Kontrollüberschuss von Sinn, Frankfurt 2016, S. 12

die in Teilzeit ausgeübt wird – bei Uber als selbstständige "Taxifahrer", bei Foodora als Essenskurier auf Honorarbasis oder bei Mechanical Turk als digitale Tagelöhner arbeiten. Das Lebenserwerbseinkommen einer größeren Zahl von Menschen setzt sich zusammen aus Lohneinkommen einerseits, Einkommen aus "neuer Selbstständigkeit" andererseits. Beitragspflichtig zur Sozialversicherung (und steuerlich gut erfasst) sind die plattformgestützten Einkommen typischerweise nicht. Kleiner werdende Teile des Erwerbseinkommens aus abhängiger Beschäftigung tragen die Finanzierungslast, größer werdende Teile des Lebenserwerbseinkommens fehlen für die soziale Sicherung. Die aufscheinenden Vulnerabilitäten machen die Einbeziehung aller Erwerbseinkommen in die Sozialversicherung dringlich nötig.²

Soziale Infrastruktur

Die Anzahl der Stunden, die Menschen online verbringen, steigt rasant. Bei den 18- bis 34-Jährigen sind es ausweislich der Postbank Digitalstudie 2018 58 Wochenstunden, bei den über 35-Jährigen immerhin 42 und damit mehr als fünf Stunden am Tag. Längst können wir zwischen der online und analog verbrachten Lebenszeit kaum noch unterscheiden, der Blick auf Tripadvisor gehört zum Urlaub genauso selbstverständlich dazu wie der ihm folgende Restaurantbesuch. Während wir real S-Bahn fahren, verfolgen wir die Strecke und die Verspätungsnachrichten auf dem Smartphone und checken parallel unsere WhatsApp-Nachrichten. Wir leben in "hybriden Sozialräumen".³ Das lässt die Gestaltung sozialer Infrastruktur nicht unberührt, denn sie muss Menschen dort erreichen, wo sie sind und Hilfe suchen. Smarte Alltagsbegleiter, von Alexa bis Google assistant, werden zu Mitgestaltern des sozialen Dienstleistungsangebots – mit einem Geschäftsmodell, das auf umfassender Datennutzung beruht. Das Dienstleistungsverständnis der Wohlfahrtspflege hingegen beruht auf Datensparsamkeit und Datensouveränität und setzt auf Solidarität dort, wo die

GAFA⁴ auf maximale Individualisierung zielen. Zur Frage, wie sehr wir personenbezogene soziale Dienstleistungen aus dem Bereich der Gemeinwohlorientierung entlassen wollen, kommt die Frage hinzu, wie wir perspektivisch die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse gewährleisten können, wenn die Zugänglichkeit des Internets faktisch über die Zugänglichkeit von alltäglich wichtigen Dienstleistungen entscheidet – von der ambulanten Pflege bis zur Telemedizin. Die Gleichwertigkeit der sozialen Infrastruktur setzt die digitale Leistungsfähigkeit der Daseinsvorsorge voraus. Für die Träger sozialer Infrastrukturangebote kommt die Herausforderung hinzu, die mit der Digitalisierung verbundenen Veränderungen in den sozialen Dienstleistungsberufen zu gestalten. Sie verändern sich zu Berufen der Übersetzung zwischen Mensch und Maschine⁵, was neue Anforderungen an Aus- und Weiterbildung ebenso stellt wie an Beschäftigtendaten- und Arbeitsschutz.

Netzpolitik ist Sozialpolitik

Die digitale Transformation ist verbunden mit der Entstehung neuer Diskriminierungsrisiken aufgrund der Datennutzung durch Dritte. Sozialpolitik kann daher Fragen von Teilhabegerechtigkeit nicht mehr beantworten, wenn sie sich nicht weitet: Netzpolitik ist Sozialpolitik! Themen, um die es geht, sind digitale Mündigkeit und Datensouveränität ebenso wie Datensicherheit und Datenschutz, Netzneutralität und Verbraucherschutz im Internet.

Eva M. Welskop-Deffaa

Vorstand des Deutschen Caritasverbandes (DCV) in Freiburg, Zuständigkeit: Sozialpolitik und Koordination Digitale Agenda

² Eva M. Welskop-Deffaa: Hybride Erwerbs- und Lebensverläufe und ihre Absicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung., in: Joachim Lange/Ursula Rust (Hg.), Alterssicherung für Soloselbstständige in Zeiten der Digitalisierung, Rehburg-Loccum 2017, S. 245-255

³ Jonas Meine: Hybride Sozialräume durch digitale Netzwerkstrukturen im Stadtquartier, in: Tim Hagemann (Hg.), Gestaltung des Sozial- und Gesundheitswesens im Zeitalter von Digitalisierung und technischer Assistenz, Baden-Baden 2017, S. 21-34

⁴ GAFA = Google, Apple, Facebook, Amazon

⁵ Erny Gillen: Pflegeausbildung im Zeitalter autonomer und intelligenter Systeme, in: neue caritas 9/2018

"Es ist ein Comité zu wählen ..."

Vor 150 Jahren wurde in Bamberg das ZdK gegründet

"Einen lieblicheren Ort, so scheint es mir, hat die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands noch niemals gefunden, als dieses Jahr, da sie in Bamberg tagt." In spätromantischem Überschwang pries der Mainzer Domkapitular (!) Haffner den Austragungsort für den 19. Deutschen Katholikentag, an dessen Ende – am Mittwoch, den 3. September 1868, kurz nach acht Uhr morgens – ein für das katholische Deutschland bis heute wirksamer Beschluss stand: die Einrichtung eines "Central-Comités".

Wenn man den "Amtlichen Bericht" dieser "General-Versammlung der katholischen Vereine der deutschen Länder", wie die Katholikentage damals noch hießen, durchblättert, ist man überrascht, nirgendwo einen Hinweis auf dieses historische Ereignis zu finden. Auf eine Fährte stößt erst, wer die Anträge liest, die damals zur Beratung anstanden: "Es wolle ein bleibender Ausschuss . . . gebildet werden durch Wahl je eines Mannes pro Diocese", forderte Pfarrer (!) Steinlein aus Niederahr, "welches als Direktorium die laufenden Geschäfte zu leiten habe" und bedarfsweise auch zwischen den Generalversammlungen die Aufgaben eines Hauptausschusses wahrnehmen könne. Auch sollte es möglich sein, den Kreis "durch Cooptation noch zweier oder dreier Männer pro Diocese" zu erweitern. Wäre die Versammlung diesem Antrag gefolgt, hätte der deutsche Vereinskatholizismus ab 1868 ein breit vernetztes und repräsentatives Leitungsgremium bekommen. Doch es kam zunächst anders: Dr. Franz Hülskamp aus Münster schwebte nur "ein ständiges Comité, welches aus fünf Personen – Geistlichen und Laien – besteht" vor, das in jeder Ge-

neralversammlung neu zu wählen sei. Sein Antrag enthielt einen sehr differenzierten Katalog von Aufgaben und Zuständigkeiten, wobei es auch hier in erster Linie um eine Verbesserung der Vor- und Nachbereitung der Katholikentage ging. Bis dato hatte es an den allein zuständigen lokalen Komitees immer wieder Kritik gegeben, die Hülskamp selbst so formulierte: "Es ist eine alte Klage, daß wir sehr viel sprechen und sehr wenig thun." Und er fügte noch spöttisch hinzu: "Das betreffende Vorbereitungs-Comité freut sich in der Regel, wenn die Versammlung vorbei ist und schläft dann ruhig ein." Die Versammlung selbst allerdings schenkte dem Thema zunächst wenig Aufmerksamkeit. Eine erste Ausschusssitzung "wo außer dem Bureau zwei Personen anwesend waren; allmählich steigerte sich die Anzahl der Anwesenden auf vier", wurde mangels Beschlussfähigkeit sogleich wieder geschlossen. Am folgenden Tag nahm die Sache dann allerdings Fahrt auf, als der vorliegende Hülskamp-Antrag plötzlich um einen neuen zweiten Absatz erweitert wurde, der es in sich hatte: "Dieses Comité hat die Aufgabe, der XX. Generalversammlung einen vollständigen durchgearbeiteten Plan zur Organisation der katholischen Partei Deutschlands vorzulegen." Eine katholische Partei! Jetzt schlugen die Wogen hoch, denn was für die einen wie ein Schlachtruf klang, erschien den anderen als sicherer Weg ins Verderben. In geschliffenen Rededuellen bekämpften sich Gegner und Befürworter dieser Idee über zwei Tage hinweg. Die einen befürchteten mit Verweis auf die geltenden staatlichen Gesetze ein sofortiges Verbot mit weitreichenden Folgen für das gesamte Vereinswesen. Die anderen hielten dagegen: "Unsere Macht müssen wir einsetzen und gerade, weil wir die Macht nötig haben, müssen wir uns organisieren, sonst allerdings wird uns auch das Wenige genommen, was wir bis jetzt besitzen." Schließlich entschied man sich, zunächst einmal das Comité zu gründen und diesem dann die gründliche Prüfung einer möglichen Partei-Gründung zu übertragen. Im Folgejahr wollte man dann darauf zurückkommen. Der weise Vorschlag stammte von Fürst Karl zu Löwenstein. Zum Dank dafür wählte man ihn anderentags prompt zum Präsidenten des – noch zur Probe auf ein Jahr bestellten – ersten Central-Comités.

| **Dr. Thomas Großmann** |

Leiter der ZdK-Arbeitsgruppe Katholikentage und Großveranstaltungen und des Studienreferates